



ARMUT

Positionspapier des
Diakonischen Werkes Schleswig-Holstein

Inhalt

Vorwort	4
Vier Positionen für mehr Gerechtigkeit – Überblick	5
Grundsätzliches	6
Absolut arm oder relativ arm	6
Armut als gesellschaftlicher Zustand	8
Armutsrisiko und Armutsursache	10
Armutsrisiko Geschlecht	11
Armutsrisiko Gesundheit	13
Armutsrisiko Lebensalter	14
Armutsrisiko Herkunft	16
Armutsrisiko Bildung und Arbeit	18
Exkurs: Arbeit in Pandemiezeiten	19
Gerechtigkeit	20
Biblische Grundlagen	20
Grundlagen ethischen Handelns	21
Diakonische Orientierung	22
Was heißt das für die Diakonie?	23
Was daraus folgt	24
Geschlecht	24
Gesundheit	24
Lebensalter	25
Herkunft	25
Bildung und Arbeit	25
Vier Positionen für mehr Gerechtigkeit	26
Sozialer Ausgleich	26
Leben vom eigenen Lohn	26
Verhinderung von Kinderarmut	27
Bezahlbarer Wohnraum	27
Armut – wie hilft die Diakonie in Schleswig-Holstein	28
Armut weltweit	30

Vorwort

Armut in Schleswig-Holstein ist sichtbar, wenn ein obdachloses Paar tage-lang im Eingangsbereich eines leerstehenden Kaufhauses in der Lübecker Innenstadt ein Lager aufschlägt. Armut bleibt unsichtbar, wenn ein Flensburger Kind „keine Zeit“ für eine Geburtstags-einladung hat, tatsächlich aber das Geld für ein Geschenk fehlt und es nicht weiß, wie es zum Indoorspielplatz kommen soll, wo die Party stattfindet.

Ob sichtbar oder unsichtbar – Armut ist ein Skandal. Sie beschränkt Menschen nicht nur materiell, sie hindert sie auch daran, an Gemeinschaft teilzuhaben, hat gesundheitliche Folgen und schränkt die Chancen auf Bildung, politische und kulturelle Beteiligung ein. Ein Leben in Armut ist häufig mit Scham verbunden, oft mit demütigenden Erlebnissen, dem Zwang, sich offenbaren zu müssen. Das hindert vor allem ältere Menschen regelmäßig daran, ihre Ansprüche auf Hilfe wahrzunehmen.

Als Diakonie ist es unser Auftrag, sozial ungerechte Verhältnisse zu benennen, die Ursachen für Not aufzudecken und daran mitzuwirken, dass diese Not überwunden werden kann. Das kann nur gemeinsam mit allen Betroffenen gelingen.

Das vorliegende Papier entwickelt seine Positionen in einer mehrfachen Argumentation. Neben einer datengestützten Analyse von Armut vor allem in Schleswig-Holstein kommen exemplarisch Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu Wort, die die Auswirkungen von Armut aus eigenem Erleben beschreiben. Unter den Stichworten Geschlecht, Gesundheit, Alter, Herkunft, Arbeit und Bildung wird im Einzelnen beschrieben, welche Risikofaktoren Armut besonders befördern. Ein Exkurs verdeutlicht, wie die Pandemiezeit die Armutsgefährdung noch einmal verstärkt hat.

Neben der Analyse von Armut entwickeln wir ausgehend von biblischen Handlungsansätzen einen Gerechtigkeitsbegriff und Grundlagen ethischen Handelns, die Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen sollen. Diese Grundgedanken führen zu ausgewählten diakonischen Positionen, die eine Weiterentwicklung bzw. eine Reform bestehender Hilfesysteme vorschlagen. Diese „Vier Positionen für mehr Gerechtigkeit“ sind ein Beitrag zur politischen Diskussion. Sie sind parteilich für die Bedürftigen.

Vier Positionen für mehr Gerechtigkeit



Sozialer Ausgleich

1

Einkommen und Wohlstand nehmen in Deutschland und Schleswig-Holstein zu. Davon profitieren die ärmsten Haushalte jedoch nicht, ihre Situation verfestigt sich. Der ausgleichende Effekt von Sozialleistungen hat deutlich abgenommen. Es zählt zu den Grundprinzipien des

Sozialstaats, das Existenzminimum aller Bürgerinnen und Bürger und damit ein Leben in Würde sicher zu stellen. Die derzeitige Praxis, wie entsprechende Regelsätze ermittelt werden, zeigt aber Schwächen auf. Erforderlich sind vereinfachte Verfahren und barrierefreie Zugänge.

Leben vom eigenen Lohn

2

Soziale Teilhabe wird wesentlich durch Teilhabe am Arbeitsleben erreicht. Doch selbst wer in Vollzeit arbeitet, ist nicht vor Armut geschützt. 8,4% aller Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein leben unter der Armutschwelle.

Deshalb müssen Mindestlöhne so hoch sein, dass sie auskömmlich und armutsfest sind. Außerdem sollte der Zugang zu Transferleistungen für Erwerbstätige erleichtert werden.

Verhinderung von Kinderarmut

3

Jedes Kind soll unabhängig von seiner Herkunft die Chance auf ein gelungenes Aufwachsen haben. Das gegenwärtige System aus kinder- und familienfördernden Leistungen ist intransparent und zum Teil in sich kontraproduktiv.

Eine Zusammenführung der Leistungen in einer Kindergrundsicherung und ein Ausbau präventiver und niedrigschwelliger Zugänge zu Bildung, Gesundheit und Teilhabe können die Chancengerechtigkeit erhöhen.

Bezahlbarer Wohnraum

4

Die Mietpreisentwicklung in vielen Regionen führt dazu, dass bezahlbarer und angemessener Wohnraum nicht vorhanden ist. Drohende oder bestehende Wohnungslosigkeit sind die sichtbarsten Formen von Armut. Die Neubemessung der Kosten für

die Unterkunft, die Sicherung der bestehenden Sozialbindungen von Wohnraum und neue Wege der Förderung des sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbaus sind Bausteine, die auf die akuten Herausforderungen reagieren.

Grundsätzliches

Absolut arm oder relativ arm?

Armut hat zwei Dimensionen: Absolute und relative Armut. Während absolute Armut den Mangel am körperlich Lebensnotwendigen beschreibt, wird mit relativer Armut gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung beschrieben. Es geht um die ungleiche Verteilung von Chancen für Menschen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und sich aktiv zu beteiligen.

Absolute Armut bedeutet, dass ein Mensch aus materiellen Gründen nicht in der Lage ist, seine Grundbedürfnisse zu befriedigen. Die Weltbank definiert einen Menschen als absolut arm, wenn ihm pro Tag weniger als 1,90 US-Dollar (1,75 Euro) zur Verfügung stehen. Dieser Betrag gilt als finanzielles Minimum, das ein Mensch zum Überleben braucht. In Deutschland ist absolute Armut selten. Die Grundlage unserer Arbeit und Position ist daher die relative Armut.

Die sogenannte **relative Armut** bezieht sich auf soziale Ungleichheit und damit auch auf die Lebens- und Entwicklungschancen in einer Gesellschaft. Wenn das, was in einer Gesellschaft als „normal“ gilt, Menschen materiell, sozial und kulturell nicht zur Verfügung steht, wird nach der Definition der Europäi-

schen Union von relativer Armut gesprochen (siehe Kasten auf Seite 7).

Die EU-weit geltende Definition spricht von „Armutsgefährdung“, wenn einem Haushalt weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung steht. Dazu zählt das gesamte Nettoeinkommen wie Arbeitslohn, Wohngeld, Kindergeld oder andere Transferleistungen und Einkünfte. In Schleswig-Holstein lag der Schwellenwert 2019 bei 1.113 Euro netto monatlich für eine alleinstehende Person.¹ Demnach müssen 15,9 Prozent der Bevölkerung im nördlichsten Bundesland mit weniger als dieser Summe auskommen und gelten so als armutsgefährdet.^{2,3} Nicht nur Menschen ohne Arbeit sind arm, in Deutschland gibt es mehr erwerbstätige Arme als arbeitslose Arme. Bundesweit waren 8 Prozent der Erwerbstätigen arm, in Schleswig-Holstein sogar 8,4 Prozent.⁴

Der Begriff „Armutsgefährdung“ soll verdeutlichen, dass von der so definierten relativen Einkommensarmut nicht unmittelbar auf Armut in einem umfassenden Verständnis geschlossen werden kann. Menschen, die Einkommen unterhalb des Schwellenwerts

zur Verfügung haben, erleben relative Armut und werden teilweise von Aktivitäten der untersuchten Gesellschaft ausgeschlossen.

Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat, ist nach unserer Einschätzung nicht mehr nur armutsgefährdet. Wir gehen davon aus, dass hier die Armut bereits real ist.

¹ Bundesweit lag der Schwellenwert bei 1.074 Euro. Statistikportal, Tabelle A 7.2 www.statistikportal.de/sites/default/files/2020-08/A7%20Mediane%20und%20Armutsgef%C3%A4hrdungsschwellen_0.xlsx

² Statistikportal, Tabelle A 3.15 www.statistikportal.de/sites/default/files/2020-08/A3%20Armutsgef%C3%A4hrdungsquoten%20Bundesl%C3%A4nder%20nach%20soziodemografischen%20Merkmalen%20%28Landesmedian%2C%20regionaler%20Median%29_0.xlsx

³ Dabei gibt es ein starkes Gefälle zwischen den vier Raumordnungsregionen: Das Hamburger Randgebiet Schleswig-Holstein Süd liegt mit einer Armutsrisikoquote von 11,9% deutlich unter dem Durchschnitt, die anderen Regionen deutlich darüber. Der Sozialbericht Schleswig-Holstein 2020 folgert: „Damit scheint sich auch für Schleswig-Holstein das Stadt-Land-Gefälle bei der relativen Einkommensarmut zu bestätigen, wie es in bundesweiten Studien beschrieben wird“ (S. 204)

⁴ Statistikportal Tabelle A 3.15

⁵ Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments: Armut in der Europäischen Union. Die Krise und ihre Folgen, 2016, S. 5



In der Europäischen Union wird die folgende, 2004 eingeführte Armutsdefinition zugrunde gelegt: Von Armut spricht man, wenn Personen über ein so geringes Einkommen und so geringe Mittel verfügen, dass ihnen ein Lebensstandard verwehrt wird, der in der Gesellschaft, in der sie leben, als annehmbar gilt. Ihrer Armut wegen können sie zahlreichen Benachteiligungen ausgesetzt sein – Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen, schlechten Wohnverhältnissen, unzureichender gesundheitlicher Betreuung und Hindernissen im Aus- und Weiterbildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeitbereich. Sie sehen sich häufig an den Rand gedrängt und von der Teilnahme an Aktivitäten (wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art) ausgeschlossen, die für andere Menschen die Norm sind. Auch kann ihr Zugang zu Grundrechten eingeschränkt sein.⁵

Die Gefährdung durch Armut oder soziale Ausgrenzung wird auf Basis von drei miteinander kombinierten Hauptindikatoren ermittelt:

1. Monetäre Armut: Wichtigster Indikator hierfür ist die Armutsgefährdungsquote. Die Armutsgefährdungsquote wird auf Basis einer Armutsgefährdungsschwelle von 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens ermittelt und spiegelt die zeitliche und räumliche Relativität von Armut wider.

2. Erhebliche materielle Deprivation: Mit diesem Indikator wird der Mangel an alltäglichen Gütern gemessen, die in einer bestimmten Gesellschaft üblicherweise einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen würden.

3. Sehr niedrige Erwerbsintensität: Bevölkerungsanteil der unter 60-Jährigen, die in Haushalten leben, in denen die Haushaltsmitglieder im vergangenen Jahr weniger als 20% der Zeit gearbeitet haben, in der sie theoretisch hätten arbeiten können.



Armut als gesellschaftlicher Zustand

Armut wird in vielen Bereichen unserer Gesellschaft entweder hingenommen oder nicht wahrgenommen. Die Ursache für Armut wird oft in der Person gesucht. **Armut ist jedoch nicht nur ein individuelles Problem, sondern ein Ausdruck sozialer Ungleichheit, sie hat strukturelle Ursachen.** Sofern die Möglichkeiten oder Lebensbedingungen von bestimmten Gruppen so beschaffen sind, dass sie regelmäßig bessere oder schlechtere Lebens- und Teilhabechancen als andere haben, so spricht man von sozialer Ungleichheit. Teilhabechancen werden durch strukturelle Gegebenheiten beeinflusst, z.B. unterschiedliche Chancen auf Bildung, prekäre Beschäftigung oder der Bezug von Transferleistungen.

Die Einkommensverteilung in Deutschland verändert sich, die Unterschiede werden stärker. Die Nationale Armutskonferenz schreibt dazu: „Seit Jahren wird das oberste Zehntel reicher und das untere Fünftel ärmer.“⁶

In der Diskussion um Armut und soziale Ausgrenzung muss auch die **verdeckte Armut** berücksichtigt werden. Dazu kommt es, wenn Menschen ihnen zustehende staatliche Leistungen (wie z.B. „Hartz IV“, also Leistungen nach dem SGB II) aus Scham, Angst vor

Stigmatisierung oder Nichtwissen nicht in Anspruch nehmen. Aktuelle Studien gehen davon aus, dass die Hälfte der Anspruchsberechtigten nach SGB II die Leistungen nicht beantragt, bei der Grundsicherung im Alter sind es sogar 60 Prozent in der gesamten Bundesrepublik Deutschland.⁷ Je älter die Hilfeberechtigten sind, desto höher ist der Anteil derjenigen, der die ihnen zustehenden Leistungen nicht beantragt. Die Hürde für die Antragstellung ist für Betroffene hoch: Viele Unterlagen müssen eingereicht werden. Antragsformulare mit zum Teil komplizierten Fragen müssen beantwortet werden. Die komplette persönliche und finanzielle Situation ist den Vermieterinnen offenzulegen. Dokumente, die eingereicht werden, können zu neuen Fragen führen. Und zu alledem ist die Behördensprache im Bereich von Grundsicherungsleistungen gewöhnungsbedürftig. Eine Einladung zu einem Gespräch mit der Behörde kann auch schnell als Vorladung verstanden werden. Die Kommunikation mit den Ämtern ist häufig von Angst geprägt.

⁶ NAK: Schattenbericht der nationalen Armutskonferenz 2018

⁷ DIW Wochenbericht 6/2019 https://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.632799.de

14 Jahre lang arbeitete Martina B. als Altenpflegerin. Dann musste sie den Beruf krankheitsbedingt aufgeben. Seither war die Mutter von acht Kindern als Servicekraft in der Gastronomie tätig, bis zur Coronakrise. Mehr als ein Jahr steht sie nun schon ohne Job da – das bedeutet 700 Euro weniger Einnahmen pro Monat. Die zehnköpfige Familie lebt vom kargen Gehalt ihres Mannes. Als Lagerist ist er bei einer großen Supermarktkette beschäftigt. Hinzu kommen staatliche Leistungen wie Kindergeld und Wohngeld.

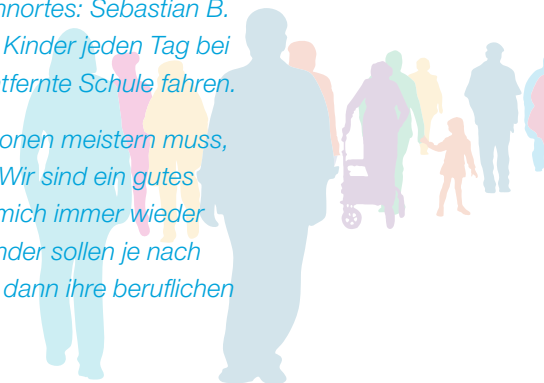
Für die Eltern bedeutet diese prekäre finanzielle Situation, dass sie mit spitzem Bleistift rechnen müssen. Oft wird es am Monatsende knapp. „Dann gibt es eine Woche nur Gemüse und wir als Eltern halten uns zurück, damit die Kinder genügend zu essen haben“, schildert Martina B.

In den Urlaub ist die Familie noch nie gefahren, auch größere Anschaffungen sind nur schwer möglich. Das haben Martina B. und ihre Kinder mit Beginn der Pandemie besonders zu spüren bekommen. Weil sie sich kein Laptop leisten konnten, waren die Kinder überwiegend vom Online-Unterricht ausgeschlossen. Zwei Mobiltelefone halfen da nur bedingt weiter.

Familie B. ist vor einigen Jahren in ein kleines Dorf im Herzen Holsteins gezogen. Dort wohnen sie zur Miete in einem kleinen Haus mit Garten. „Auf dem Land bekommt man noch einigermaßen bezahlbaren Wohnraum“, sagt die Mutter. „Außerdem werden wir hier als Großfamilie akzeptiert, in der Stadt war das nicht immer der Fall.“ Die Familie freut sich zudem über freundliche und hilfsbereite Nachbarn. Hinzu komme die schöne Umgebung. Einziger Nachteil des Wohnortes: Sebastian B. muss jeden Tag mit dem Auto 30 Kilometer pendeln und die Kinder jeden Tag bei Wind und Wetter mit dem Fahrrad in die sieben Kilometer entfernte Schule fahren.

Auch wenn die Familie immer wieder auch schwierige Situationen meistern muss, Martina B. will sich ihren Optimismus nicht nehmen lassen. „Wir sind ein gutes Team und reden viel miteinander. Vor allem aber: Ich würde mich immer wieder für viele Kinder entscheiden!“ Ihr wichtigster Wunsch: Alle Kinder sollen je nach ihren Fähigkeiten einen guten Schulabschluss erreichen und dann ihre beruflichen Träume verwirklichen können.

Familie B



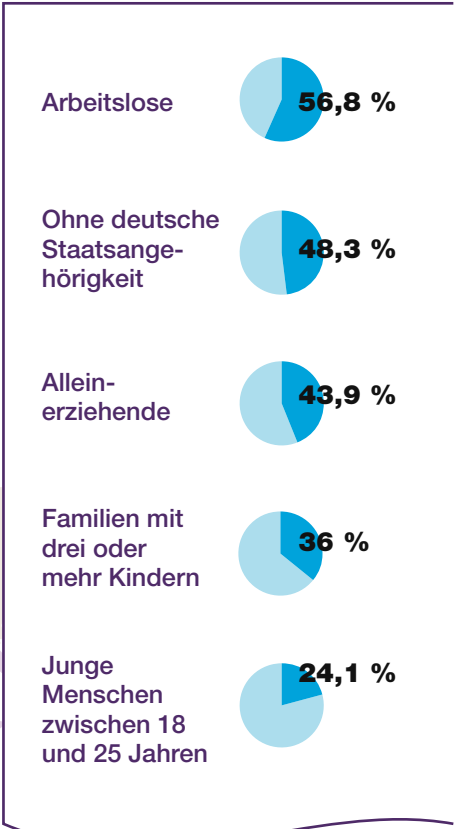
Armutsrisiko und Armutsursache

Die Ursachen von Armut sind vielfältig. In den Statistiken zur Armutsgefährdung von 2019 wird deutlich, dass gesellschaftliche Benachteiligungen das Armutsrisiko direkt erhöhen. Besonders von Armut bedroht sind Arbeitslose, Alleinerziehende oder Familien mit drei oder mehr Kindern. Bei jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren liegt das Armutsrisiko bei 24,1 Prozent, bei Schleswig-Holsteinern ohne deutsche Staatsangehörigkeit sogar bei 48,3 Prozent.⁸

Es ist nie ein einzelner Umstand, der zu Armut führt oder es erschwert, Armut zu überwinden. In allen Arbeitsbereichen der Diakonie begegnen uns Menschen mit Armutserfahrung. Der Mangel an Geld führt zu einem Mangel an Möglichkeiten zur Gestaltung des eigenen Lebens und gesellschaftlicher Teilhabe. Unterschiedliche Faktoren beeinflussen das Risiko, in Armut zu geraten. Dazu gehören das Geschlecht, das Alter, die Gesundheit, die Herkunft, Bildung und Arbeit sowie die Einbindung in soziale Gruppen.



Armutsrisiko in Schleswig-Holstein für bestimmte Gruppen



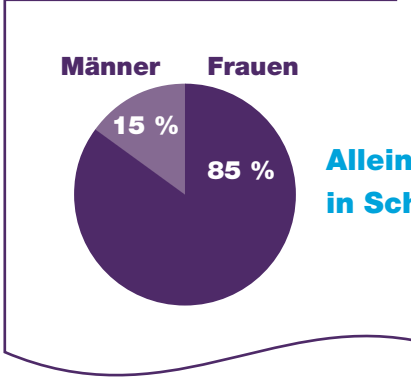
Armutsrisiko Geschlecht

Immer noch hat das Geschlecht Einfluss auf die Lebensbedingungen. Steuerliche Anreize fördern das Ernährermodell für Familien; lückenhafte frühkindliche Bildungsangebote und die Unterbewertung klassischer Frauenberufe erschweren ein gleichberechtigtes Miteinander.

Frauen entscheiden sich nach wie vor oft für eine Ausbildung in Pflege, Gesundheit oder Dienstleistung, die vergleichsweise schlechter bezahlt sind. Technisch orientierte Ausbildungen oder Studienfächer sind hingegen weniger gefragt. Auch arbeiten weniger Frauen in Vollzeit. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass unbezahlte Erziehungs- und Pflegearbeit in deutlich stärkerem Maße von Frauen geleistet wird. Dafür nehmen sie in Kauf, weniger Erwerbsarbeit leisten zu können. In Schleswig-Holstein ist jede dritte erwerbstätige Frau in Teilzeit, Leiharbeit oder in einem Minijob beschäftigt und kann damit keine ausreichende Altersvorsorge und finanzielle Absicherung aufbauen. 25 Prozent der weiblichen Vollzeitbe-

schäftigten verdienen weniger als 2.000 Euro brutto im Monat, bei den Männern sind es 14 Prozent. Das wirkt sich auf die Rentenhöhe aus: Nimmt man gesetzliche Rente, betriebliche und private Alterssicherung zusammen, beziehen Frauen durchschnittlich ein um 53 Prozent niedrigeres Alterseinkommen als Männer.⁹

Zum Armutsrisiko von Frauen trägt bei, dass in vielen Familien die Männer nach wie vor die Hauptverdiener sind. Im Fall einer Trennung oder Scheidung müssen die Frauen mit ihrem niedrigen Einkommen auskommen und übernehmen überwiegend die Erziehung der gemeinsamen Kinder. Die Chancen den Verdienst aufzustocken sind dann oft gering. Alleinerziehende tragen ein besonders hohes Risiko, in Armut zu geraten. Die Armut von Alleinerziehenden ist untrennbar mit der Armut der Kinder verbunden. 2019 galten 43,9 Prozent der Alleinerziehenden in Schleswig-Holstein als arm oder von Armut bedroht und sind entsprechend häufiger auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen.



Alleinerziehende in Schleswig-Holstein¹⁰

Im Gegensatz zu Frauen sind Männer insgesamt weniger gefährdet, in Armut zu geraten. Dies liegt u.a. an der höheren Erwerbsbeteiligung von Männern. Verlieren sie aber die Arbeitsstelle, steigt das Armutsrisiko. Wenn Männer gleichzeitig Alleinverdiener sind, führt der Verlust des Arbeitseinkommens schnell dazu, dass der gesamte Haushalt in Armut gerät. Hierbei sind die Lebensumstände ausschlaggebend. Eine traditionell geprägte Arbeitsteilung mit einem männlichen Hauptverdiener stellt ein erhöhtes Armutsrisiko für die gesamte Familie dar, während sie umgekehrt im Falle einer Scheidung dazu führt, dass Frauen eher in Armut geraten.¹¹

⁸ Statistikportal, Tabelle A 3.15
⁹ Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland (pdf). WSI-Report Nr. 56, Februar 2020
¹⁰ Destatis, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, S. 11 http://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Publikationen/Downloads-Haushalte/haushalte-familien-2010300197004.pdf?__blob=publicationFile
¹¹ Agentur für Querschnittsziele im ESF, Armut und Armutsrisiken für Frauen und Männer, Berlin 2016

**M.W.
58 Jahre**

„Sechs Jahre lang habe ich in einer Notunterkunft gelebt. Bett, Tisch und Stuhl, meine Töpfe und Pfannen hatte ich in Kartons in der Ecke. Jahrelang habe ich eine Wohnung gesucht, aber wenn gefragt wurde „Wo kommen Sie her?“ war es schon erledigt. Jeder kennt die Adresse der Notunterkunft.“

Seit fast anderthalb Jahren habe ich jetzt wieder eine eigene Wohnung. Mit einem kleinen Garten, das ist meine Welt. Ich lebe von Hartz IV, 411 Euro im Monat. Früher habe ich lange bei der Bahn gearbeitet, für Frau und Sohn ein Haus gebaut, in der Nähe von Potsdam.

Nach der Scheidung bin ich als LKW-Fahrer nach Spanien gefahren. Dann hat es mich der Liebe wegen nach Norddeutschland verschlagen. Ich hatte ganz verschiedene Jobs, bin immer gut zurande gekommen. Vor acht Jahren hatte ich dann einen Sportunfall. Ich konnte nicht mehr arbeiten, dann hat die Vermieterin wegen Eigenbedarf gekündigt. Als ich von einer Reha nachhause kam, war das Schloss ausgetauscht und die Wohnung leer. Der Fahrer der Reha-Klinik hat mich direkt zur Notunterkunft gebracht.

Am besten an der eigenen Wohnung ist, dass ich meine Ruhe habe und mich bewegen kann, wie ich möchte. Ich lebe auf dem Land, das ist mir am liebsten. Schwierig ist es aber zum Arzt oder Einkaufen zu kommen. Als ich herzog, konnte ich noch mit dem Rad fahren, aber nach zwei Herzinfarkten geht das nicht mehr. Jetzt teile ich mir mit einem Nachbarn ein Taxi zum Einkaufen. Aber das geht eigentlich weit über meine Verhältnisse!

Neun Medikamente muss ich täglich nehmen. Zum Glück ist die Apotheke kulant, ich zahle, wenn ich kann. Mein Portmonee ist leer, Festnetzanschluss und Internet habe ich schon gekündigt.

Ich würde meinen Sohn und meine Enkelkinder gerne mal besuchen oder meine Mutter, die habe ich seit zwölf Jahren nicht mehr gesehen. Die Kosten für die Fahrkarte hat das Amt aber abgelehnt. Wenn ich viel Geld hätte, würde ich mir ein gebrauchtes Auto kaufen, um mobil zu sein. Oder vielleicht eine Eigentumswohnung, da braucht man keine Angst mehr zu haben, dass man auf der Straße sitzt.“

**Armutsrisiko Gesundheit**

Chronische Erkrankungen, Behinderungen, Suchterkrankungen oder Pflegebedürftigkeit wirken sich stark auf die sozialen und materiellen Teilhabemöglichkeiten aus. Gesundheit bzw. Krankheit und Schulden hängen eng miteinander zusammen. 2019 war eine Erkrankung für 17 Prozent der Ratsuchenden in den Schuldnerberatungen in Schleswig-Holstein der hauptsächliche Auslöser für ihre Überschuldung – ein neuer Höchststand.

Krankheit ist nicht nur als Auslöser, sondern auch als Folge von Überschuldung zu sehen. Zuzahlungen zu Medikamenten können nicht geleistet werden, Arztbesuche werden verschoben und medizinische Leistungen werden nicht wahrgenommen. Längerfristige und chronische Krankheiten erhöhen das Risiko des Arbeitsplatzverlustes und stellen eine große psychische Belastung für die Betroffenen dar.

Hinter der Zuschreibung „Behinderung“ steht, dass die gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt ist, in vielen Fällen

vor allem die Teilhabe am Arbeitsleben. Menschen mit Handicap können aufgrund gesellschaftlicher Barrieren nur schwer ein selbstbestimmtes Leben führen. Dabei geht es um wesentlich mehr Menschen, als um diejenigen mit einem Schwerbehindertenausweis. Fakt ist, Menschen mit Behinderungen sind überproportional häufig von Armut bedroht.¹²

Wenn Kinder einen besonderen sonderpädagogischen Förderbedarf haben, sind nicht selten auch die Familien wesentlich stärker von Armut bedroht. Eine chronische psychische Erkrankung oder eine Suchterkrankung führt nicht selten zum Verlust des Arbeitsplatzes.¹³ Gerade psychisch und vor allem Suchterkrankte werden zudem häufig mit dem Stigma einer selbstverschuldeten Armut versehen.

Viele Personen sind auf Sozialhilfe angewiesen, da sie aufgrund ihrer Behinderung nicht am allgemeinen Arbeitsmarkt teilhaben können oder nur wenig Vermögen besitzen.

Pflegebedürftigkeit aufgrund von Behinderung oder Alter wirkt sich finanziell auf die Betroffenen und ihre Familien aus. Die Kosten für einen Platz in einem deutschen Pflegeheim steigen – eine Entwicklung, die in absehbarer Zeit nicht enden wird. In Schleswig-Holstein werden im Monat für einen Platz im Pflegeheim durchschnittlich knapp 1.892 Euro als Eigenanteil berechnet.¹⁴ Durch die steigenden Pflegekosten geraten immer mehr Bewohner oder deren Angehörige in finanzielle Nöte.¹⁵

¹² Zweiter Teilhabebericht der Bundesregierung, 2016: „Im Jahr 2013 beträgt die Armutsrisikoquote bei Menschen mit Beeinträchtigungen etwa 20%.“ (S. 208)

¹³ So verfügen laut Moderne Dokumentation in der Suchtkrankenhilfe (BADO - SH), Statusbericht 2018 nur 59% der Heroinklient*innen und 46% der Cannabisklient*innen über einen Berufsabschluss. Dementsprechend beziehen 59% der Heroinklient*innen und 51% der Substituierten mit Psychosozialer Betreuung (PSB), 57% der Substituierten ohne PSB und 33% der Cannabisklient*innen staatliche Transferleistungen.

¹⁴ Stand 1.2021: https://www.vdek.com/presse/daten/f_pflegeversicherung.html

¹⁵ Laut dem Statistischen Amt Nord waren Ende 2018 21.300 Menschen in Schleswig-Holstein auf Grundserviceleistungen im Alter angewiesen – zwölf Prozent der Betroffenen wohnen in Pflegeheimen, 58 Prozent davon sind Frauen.



Armutsrisiko Lebensalter

Nicht nur im Alter, auch zu Beginn des Lebens ist das Armutsrisiko erhöht. Während viele ältere Menschen mit geringer Rente dauerhaft nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft ein auskömmliches Einkommen zu erwirtschaften, ist für Kinder die wirtschaftliche Situation ihrer Familie maßgeblich.

Der Anteil der von Armut bedrohten Rentnerinnen und Rentner steigt laut einer Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung bis 2039 von 16,8 auf 21,6 Prozent. Bei den Tafeln zeigt sich der Trend schon länger: Der Anteil älterer Menschen unter ihren Kundinnen und Kunden steigt stetig an, zuletzt um 20 Prozent innerhalb eines Jahres.¹⁶

Über ein Viertel der Tafel-Nutzerinnen und -Nutzer sind im Rentenalter. Unter ihnen ist der Frauenanteil deutlich höher, viele Rentnerinnen müssen als Folge von Familienarbeit und Teilzeit mit einer Mini-Rente auskommen. Aus Scham bitten viele erst spät um Hilfe. Seniorinnen und Senioren, die über kein ausreichendes Altersvorsorgeeinkommen verfügen, können im Gegensatz zu Leistungsberechtigten im Erwerbsalter nicht davon ausgehen, dass sich jemals an ihrer Lebenssituation etwas ändern könnte.

¹⁶ <https://www.tafel.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen-2019/dramatischer-anstieg-der- Tafel-nutzer-besonders-rentnerinnen-und-rentner-suchen-unterstuetzung/>

„Ich habe 50 Jahre gearbeitet, von meinem 15. Lebensjahr bis zur Rente. Gelernt habe ich Friseurin, dann aber die meiste Zeit bei der Post Briefe sortiert, eine harte körperliche Arbeit, aber besser bezahlt. Die letzten drei Jahre war ich krankgeschrieben, der Rücken hat nicht mehr mitgemacht. Zum Schluss gab es kein Krankengeld mehr, ich musste mich arbeitslos melden, das war schlimm.

1990 habe ich mich von meinem Mann getrennt und war seitdem alleinerziehend mit zwei Kindern. Schon in der Ehe war das Geld knapp, wir haben ohne Eigenkapital gebaut – das Haus habe ich bis zur Rente alleine abbezahlt, obwohl ich seit der Trennung nicht mehr darin wohnte. Mein Mann ist abgetaucht, Unterhalt hat er nie gezahlt. Das war hart, jede Entscheidung musste ich alleine treffen und wir mussten jeden Groschen umdrehen. Ich habe nachts in Teilzeit bei der Post gearbeitet und habe geschlafen, wenn die Kinder in der Schule waren, zusätzlich bin ich putzen gegangen. Vier Jahre lang habe ich Unterhaltsvorschuss und später ergänzende Sozialhilfe bekommen, dann sind die Kinder in die Lehre gegangen und haben dazuverdient.

Einmal gab es eine Nachzahlung von 3000 D-Mark, die Leistungen waren wohl jahrelang falsch berechnet worden. Das war toll! Wir haben neue Fahrräder für die Kinder gekauft und waren mit Freunden im Urlaub in Dänemark. Sonst konnten wir uns nie Urlaub erlauben, aber ich habe immer dafür gesorgt, dass die Kinder wegfahren konnten. Einmal waren wir zur Mutter-Kind-Kur oder ich habe Seminare der Post mit Kinderbetreuung besucht. Und dann gab es einen internationalen Jugendaustausch für Angehörige von Schwerbehinderten, das haben sie sehr genossen.

Ich finde meine Rente eigentlich ganz gut dafür, dass ich nur Teilzeit gearbeitet habe, es steigt sich ja auch mit den Jahren und die Kindererziehungszeiten kamen dazu. Ich achte auf Sonderangebote und gebe auch meinen Bekannten Tipps. Dann bastele ich gerne und verdiene mir normalerweise bei Adventsbasaren etwas dazu mit selbstgemachtem Schmuck. Im Sommer verkaufe ich Sachen auf dem Flohmarkt. Das ist in diesem Jahr wegen Corona weggefallen.

Für die Krankenkasse bin ich ganz schön teuer – Rücken, Augen, Hüfte und die Zähne, alles ist neu, ich bin das reinste Ersatzteillager. Was ich machen würde, wenn ich mehr Geld hätte? Urlaub wäre schön, ach nein, das ist gar nicht so wichtig – ich würde lieber Vitamine kaufen oder vernünftige Zahnimplantate. Aber die sind eher für Reiche.“

**H.S.
73 Jahre**



Armutsrisiko Herkunft

Immer noch stellt die Herkunft in unserer Gesellschaft einen Armutsfaktor dar. Arme Kinder leben in armen Familien. In Schleswig-Holstein lebten 2018 21,2% der Minderjährigen in einem Haushalt unterhalb der Armutsgrenze.¹⁷ Besonders armutsgefährdet sind dabei Familien mit nur einem Elternteil, mit mehr als zwei Kindern oder Familien und Personen mit einem Migrationshintergrund oder denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird. Dies ist häufig der Fall bei Menschen, bei denen die Migration bereits drei bis vier Generationen zurückliegt und denen lediglich das Attribut „ausländisch“ zugeschrieben wird.

Obwohl diverse Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene getroffen wurden, um Benachteiligungen zu vermeiden, ist es de facto so, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft oft schlechtere Zugänge zu Teilhabemöglichkeiten in Deutschland haben. Beispielsweise erleben sie Probleme bei der Wohnungs- und Arbeitssuche.

Armut von Kindern und Jugendlichen ist seit Jahren ein ungelöstes strukturelles Problem in Deutschland. Mehr als jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf. In Zahlen sind das 2,8 Mio. Kinder und Jugendliche unter

Familien mit zwei Eltern in einer festen Beziehung und nicht mehr als zwei Kindern haben vergleichsweise das geringste Armutsrisiko aller Bevölkerungsgruppen, es liegt bei circa 8 Prozent. Bei Alleinerziehenden und ihren Kindern liegt das Risiko bei deutlich über einem Drittel. In der Regel werden die familienpolitischen Instrumente ausgebaut, die der „klassischen“ Familie helfen, für Alleinerziehende wird eher wenig getan, für getrennt gemeinsam Erziehende existiert am wenigsten.

18 Jahren. Zwei Drittel leben mindestens fünf Jahre durchgehend oder wiederkehrend in Armut.¹⁸ Andauernde Armutserfahrungen wirken sich besonders negativ auf die Teilhabe und die Entwicklung von Kindern aus.¹⁹ Sie bestimmen auch das Selbstbild der Betroffenen. So trauen sich Kinder, die in Armut aufwachsen, in Bezug auf den angestrebten Bildungsabschluss weniger zu. Arme Familien haben real weniger Geld zur Verfügung als noch 2003, um ihren Kindern mehr als das physisch Notwendige zu finanzieren.²⁰ Kinder und Jugendliche erleben in nahezu allen Lebensbereichen Einschränkungen aufgrund der Armut – mit Folgen für das ganze Leben. Eltern, die in prekärer Beschäftigung tätig sind, üben häufig schwere (körperliche) Tätigkeiten aus und haben häufig mehr als eine Arbeitsstelle. Dies kann Familien zusätzlich belasten.

Nur jedes siebte anspruchsberechtigte Kind profitiert bundesweit von den Teilhabeleistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket, Schleswig-Holstein

belegt mit 47 Prozent bundesweit den Spitzenplatz.²¹

Schon eine Schwangerschaft, geplant oder ungeplant, wirft bei der Frau oder dem Paar auch finanzielle Fragen auf. Die häufigsten Fragen in der Beratung gemäß § 2 Schwangerschaftskonfliktgesetz 2018²² waren die nach finanziellen Unterstützungsleistungen aus unterschiedlichen Stiftungen. Erst dann folgten Fragen nach Kinderbetreuung und Hilfe bei Behördenkontakten oder Wohnungssuche.

¹⁷ Sozialbericht Schleswig-Holstein 2020, S. 230

¹⁸ Stiftung: Factsheet Kinderarmut, 2020 - www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2020/juli/kinderarmut-eine-unbearbeitete-grossbaustelle

¹⁹ Vgl. Lietzmann/Wenzig: Materielle Unterversorgung von Kindern, 2020 - www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/materielle-untersorgung-von-kindern

²⁰ www.der-paritaetische.de/presse/kinderarmut-paritaetische-studie-belegt-wachsende-soziale-ungleichheit-in-deutschland/ (S. 21f.)

²¹ Vgl. www.schuldnerberatung-sh.de/aktuelles/meldungen/details/news/bildungs-und-teilhabe-paket-nur-jedes-siebte-kind-profitiert-von-teilhabeleistungen.html

²² Landesstatistik SH Diakonische Schwangerenberatung 2018

„Ich habe eigentlich immer von Sozialhilfe gelebt, ich kenne es nicht anders. Ich überlege ganz genau, bevor ich Geld ausbebe. Ich spare erst ein bis zwei Monate, bevor ich shoppen gehe und gucke immer nach Sonderangeboten. In meiner Ausbildung habe ich 330 Euro verdient, da habe ich auch mal Geld ausgegeben und es hinterher bereut. Aber ich wollte auch mal Klamotten von H&M oder Takko tragen, man will ja auch dazu gehören und nicht nur abgelegte Sachen der Geschwister tragen.“

In meiner Familie wurde auf Schule nicht viel Wert gelegt, wenn wir keine Lust hatten, mussten wir nicht hin. Nur eines von uns Kindern hat im ersten Anlauf einen Schulabschluss geschafft. Ich hätte nach unserem Umzug einen langen Fahrtweg zur Schule gehabt, das waren auch ganz schön hohe Kosten für die Fahrkarte, da bin ich irgendwann nicht mehr hingegangen. Später habe ich den Hauptschulabschluss nachgeholt und eine Lehre als Hotelfachmann angefangen. Es gab aber Probleme mit der Chefin und nach dem ersten Lehrjahr war Schluss. Danach hatte ich eine echte Krise und ich dachte, es ist sowieso alles falsch, was ich mache. Jetzt mache ich seit anderthalb Jahren einen Ein-Euro-Job. Ich habe viel Selbstbewusstsein gewonnen. Während der Corona-Krise im Frühjahr 2020 durften wir nicht arbeiten, da waren auch die 120 Euro Mehraufwandsentschädigung weg. Das hat ordentlich reingerissen. Man gewöhnt sich daran, mehr Geld zu haben und mal eine Tüte Chips mehr zu kaufen.“

Ich habe seit zehn Jahren einen Kater. Manche sagen, mit Hartz IV darf man keine Haustiere haben, aber man muss einfach gut kalkulieren. Letztens hatte er eine Blasenentzündung, da kamen für Spritzen, Antibiotika und so 75 Euro zusammen. Das sind natürlich Kosten, die nicht eingeplant waren. Zum Glück kann ich beim Tierarzt abzahlen, da hätte ich sonst doof aus der Wäsche geguckt.“

Mein Plan ist es, die Ausbildung fertig zu machen oder in einem richtigen Job zu arbeiten. Ich bewerbe mich, habe aber bisher nur Absagen bekommen, das ist deprimierend. Und kaum verliert man den Job, ist man wieder drin in Hartz IV, da rutscht man schnell wieder rein. Ich möchte raus aus der Hartz-IV-Spirale und ein eigenes Leben aufbauen, unabhängig von meinen Eltern. Ich wohne bei ihnen, wir unterstützen uns gegenseitig. Man kann auch mit Arbeitslosengeld ein glückliches Zuhause haben.“

**D.K.
28 Jahre**

Armutsrisiko Bildung und Arbeit

Der Zugang zu Bildung ist in Deutschland für alle Menschen möglich, aber in Teilen immer noch einkommensabhängig. Unterstützende ergänzende staatliche Förderungen wie z.B. das Bildungs- und Teilhabepaket sind nur auf Antrag und nach Offenlegung aller Einkommensverhältnisse zu bekommen, Bafög ist als unterstützende Leistung für das Studium abhängig vom Einkommen der Eltern. Zuschüsse für den Besuch der Kita, für Schulausflüge oder Studienfahrten, ein Zuschuss für einen Schulranzen – alles das sind Beispiele, die individuell extra aufwendig beantragt werden müssen.

In keinem anderen Industrieland hängt der Bildungserfolg von Kindern so stark von der sozialen Herkunft ab, wie in Deutschland. Das bedeutet, dass Kinder die in Armut aufwachsen, sehr viel schlechtere Möglichkeiten haben, sich im Erwachsenenleben von Armut zu befreien. So geht das deutsche Schulsystem leider immer noch davon aus, dass ein Teil des Schulstoffes zu Hause, im Sinne von Hausaufgaben, erlernt wird. Allerdings haben Kinder aus armen Familien häufig niemanden, der sie bei den Hausaufgaben unterstützt. Kinder mit Migrationshintergrund besuchen in Schleswig-Holstein signifikant seltener eine weiterführende Schule,

die direkt zum Abitur führt.²³ Ihr Anteil an denjenigen Schülerinnen und Schülern, die ohne Abschluss eine Schule verlassen, ist deutlich erhöht gegenüber denjenigen ohne Migrationshintergrund.²⁴

Verschärft wird diese Ausgangslage, wenn in der Familie nur geringe Deutschkenntnisse bestehen. Geflüchtete Kinder, die in Landesunterkünften untergebracht sind, werden nicht in öffentlichen Schulen, sondern innerhalb der Unterkunft beschult. Nur in Ausnahmefällen können sie auf Antrag auf eine Schule wechseln, um dort einen Schulabschluss zu erlangen.

Von den Klientinnen und Klienten, die 2019 eine Schuldnerberatung in Schleswig-Holstein aufgesucht haben, hatten 41 Prozent keine Berufsausbildung. Eine nicht abgeschlossene Schulbildung, eine fehlende Berufsausbildung bedingen fast immer eine prekäre Beschäftigung verbunden mit einem geringen Einkommen, was eine längerfristige Haushaltsplanung nahezu unmöglich macht. Jede unvorhergesehene Ausgabe sprengt das zur Verfügung stehende Budget und kann eine Überschuldungssituation auslösen. Mit Blick auf die Zukunft wird dieser Personenkreis keine ausrei-

chende Altersversorgung aufbauen können. Das bedeutet langfristig Altersarmut. In der hochtechnisierten Arbeitswelt hat sich der Anteil an Hilfskräften mit geringer Qualifizierung verringert und wird weiter sinken. Somit ist die Möglichkeit, mit geringer Schul- und Ausbildung am Erwerbsleben teilzunehmen, eingeschränkt und hart umkämpft.

6,2 Millionen Deutsch sprechende Erwachsene in Deutschland können nicht ausreichend lesen und schreiben.²⁵ Sie sind damit in der zunehmend digitalisierten Welt im Nachteil. So entgehen ihnen finanzielle Vorteile, z.B. bei Steuererstattungen, günstigen Tarifen oder der Alterssicherung, umgekehrt können sie Risiken von Online-Banking oder Ratenzahlungen nicht richtig einschätzen.

²³ 5,4% der Fünftklässler mit Migrationshintergrund gingen im Schuljahr 2019/2020 auf ein Gymnasium oder eine Gemeinschaftsschule mit Oberstufe, gegenüber 65% ohne Migrationshintergrund. Sozialbericht Schleswig-Holstein 2020, S. 232

²⁴ Ebd.

²⁵ <https://leo.blogs.uni-hamburg.de/>

²⁶ <https://www.uni-duesseldorf.de/home/startseite/news-detailansicht-inkl-gb/article/hinweise-auf-erhohtes-risiko-fuer-krankenhausaufenthalte-wegen-covid-19-bei-arbeitslosen-menschen.html>

EXKURS Armut in Pandemiezeiten

„Das Virus macht keine Unterschiede“, hieß es zu Beginn der Corona-Pandemie. Sehr bald zeigte sich, dass dies ein Trugschluss war.

Mit der Schließung vieler Tafeln im Frühjahr 2020 wurde deutlich, dass sie von einer mildtätigen Zusatzversorgung in Härtefällen schon lange zu einem festen Bestandteil der Lebensmittelversorgung für diejenigen geworden waren, die mit Transferleistungen auskommen müssen. Gleiches galt für die kostenlose Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen sowie andere Mittagstische der offenen Kinder- und Jugendhilfe. Die Leistungen nach dem SGB II reichen offensichtlich nicht aus, um eine Familie mit ausreichend Lebensmitteln über den Monat zu bringen.

Nach der Schließung von Schulen wurden die Unterrichtsaufgaben überwiegend per Mail oder Schulserver an die Schüler übermittelt. Auch einige Nachhilfeangebote, Instrumentalunterricht oder andere außerschulische Förderangebote stellten auf digitalen Unterricht um oder entfielen. Stillschweigend wurde dabei davon ausgegangen, dass alle Kinder Zugang zu einem internetfähigen Gerät und einem entsprechenden Datenvolumen haben, um Aufgaben zu empfangen und ihre Ergebnisse zu übermitteln. Das war aber nicht der Fall. Hinzu kam, dass z.B. nicht alle Jobcenter einen Anspruch auf einen internetfähigen Rechner als notwendigen Bedarf für Schulkinder anerkannten. Das Schulsystem, das insbesondere auf weiterführenden Schulen auf Unterstützung durch die Eltern angelegt ist, verschärfte mit der Verlagerung des Unterrichts in den häuslichen Bereich die Ungleichheit.

Die Kontaktbeschränkungen hatten zur Folge, dass Familien mehrere Wochen viel Zeit gemeinsam in ihren Wohnungen verbrachten. Sport- und Spielplätze waren per Landesverordnung geschlossen. In beengten Wohnverhältnissen verschärfte sich der Druck: Kaum eine Möglichkeit, sich im Konfliktfall zurückzuziehen, in Ruhe Schulaufgaben zu machen oder im Homeoffice zu arbeiten.

Die Aufforderung „Stay at home“ ging völlig vorbei an denjenigen, die gar keine Wohnung haben. Obdachlose,

häufig gesundheitlich vorbelastet, hatten kaum eine Chance, regelmäßig Hände zu waschen, und sie hielten sich trotz Verbot lange in ihren vertrauten Gruppen auf. Die zeitweilige Schließung von Tagestreffs und Bahnhofsmmissionen verschärfte die Lage. Übernachtungsangebote mussten einen Aufnahmestopp verhängen, alternative Schlafplätze auf Sofas von Freunden fielen aus Angst vor Ansteckung weg. Die Auszahlung der Tagessätze war in manchen Kommunen durch die Schließung der Ämter für den Publikumsverkehr erschwert oder gar nicht möglich.

Es waren vornehmlich Beschäftigte in prekärer bzw. niedrig entlohnter Beschäftigung, die in vielen Bereichen wichtige Funktionen erfüllten und erstmals als „systemrelevant“ erkannt wurden: Kassiererinnen und Lagerkräfte, Paketboten und andere Berufe in traditionell schlecht entlohnenden Versorgungstätigkeiten. Sie konnten nicht ins Homeoffice gehen und waren oft einem hohen Ansteckungsrisiko und massiver Mehrarbeit ausgesetzt. Die Betreuung von Kindern war noch problematischer als gewöhnlich bei einem gleichzeitig erhöhten Bedarf.

Umgekehrt waren Beschäftigte anderer Berufsfelder überdurchschnittlich von Kurzarbeit und Arbeitsplatzverlust betroffen: Saisonarbeitskräfte in Hotel und Gastronomie, ausländische Arbeitskräfte in Pflege und Landwirtschaft, die nicht einreisen durften oder kleine Selbständige.

Schlaglichtartig wurden die Lebens- und Vertragsbedingungen von Arbeitsmigranten einer breiten Öffentlichkeit bewusst, als Schlachthofhelfer – formal selbständige Subunternehmer – in Folge ihrer Unterbringung in Massenunterkünften reihenweise erkrankten. Dasselbe Risiko teilten Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften.

Corona verbreitete sich in Deutschland zunächst über Rückkehrer aus dem Skiurlaub und Geschäftsreisende. Doch schon im Juni 2020 war das Risiko für Langzeitarbeitslose, wegen einer Corona-Infektion im Krankenhaus aufgenommen zu werden, um 84 Prozent höher als für erwerbstätig Beschäftigte²⁶. Das Virus macht eben doch Unterschiede.



Gerechtigkeit

Als maßgeblicher Akteur sozialer Arbeit gestaltet die Diakonie in Schleswig-Holstein die Zivilgesellschaft mit. Diakonie hat auf der Grundlage ihres Wertebezuges den Auftrag, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf eine Gesellschaft hinzuarbeiten, in der es den Einzelnen und der Gemeinschaft gut geht. In ihrer Positionierung bezieht sich Diakonie sowohl auf die Grundlagen biblischer Aussagen als auch auf aktuelle ethische Diskussionen.



Ein gerechtes Miteinander kann nur erreicht werden, wenn alle Beteiligten die Möglichkeit haben, sich in den Diskurs sozialer Strukturen einzubringen. Partizipation und politische Teilhabe sind daher unverzichtbar, im Besonderen für benachteiligte Gruppen.

Biblische Grundlagen

Im Tanach, der hebräischen Bibel, treten die Propheten für die Armen ein und klagen leidenschaftlich die Übergriffe und die Habgier von Reichen und Mächtigen an. Dazu gehört auch der Vorwurf, dass sich der Grundbesitz in zunehmend weniger Händen konzentrierte und gleichzeitig das Recht des Armen vor Gericht gebeugt wurde. Darüber hinaus zeigen sich Bestrebungen, ein positives Armenrecht mit Schutzbestimmungen für die sozial Benachteiligten zu erreichen.

Aus der Verkündigung Jesu wird eine eindeutige Option für die Armen deutlich, die gleichzeitig eine radikale Kritik am Reichtum einschließt, auch wenn Jesus einzelnen Reichen persönlich zugewandt war. Der Reiche ist ebenso zum Gastmahl eingeladen wie auch die Menschen, die am Rand der Gesellschaft stehen. Von beiden wird die Hinwendung zu Gott gefordert, die aber gleichzeitig die Hinwendung zum Nächsten einschließt. Wenn sich ein Reicher einem Notleidenden verweigert, dann entsagt er sich selbst der von Gott angebotenen Zuwendung. Wenige Sätze deuten auch darauf hin, dass für Jesus ein sozialer Ausgleich wichtig ist. Beim Geben zählt nicht das, was man gibt, sondern das, was man behält.

Im frühen Christentum setzt sich insbesondere der Apostel Paulus dafür

ein, dass in einer Gemeinde, die sich in Hinwendung auf Gott versammelt, jegliche sozialen Unterschiede aufgehoben sind. Bei einem Konflikt in der Gemeinde Korinth skandalisiert der Apostel, dass begüterte Gemeindeglieder für sich allein Abendmahl feiern wollen und Arme dabei außen vorlassen. Da ihre Häuser oft ein Versammlungsort waren, hatten sie für den Aufbau der Gemeinden eine Schlüsselstellung. Deshalb problematisiert Paulus nicht die Wohlhabenheit einzelner Gemeindeglieder als solche, sondern ihren mangelnden Integrationswillen über ihre Gesellschaftsschicht hinaus. Innerhalb der Gemeinde setzt Paulus darauf, soziale Differenzen zu mildern. Später erhalten die wachsenden Gemeinden diakonische Strukturen, um Hilfe und Fürsorge für die sozial, wirtschaftlich und rechtlich benachteiligten Mitglieder zu gestalten.

Aus den biblischen Überlieferungen lassen sich keine wörtlichen Handlungsempfehlungen zur sozialen Situation im 21. Jahrhundert entnehmen. Sie beinhalten aber verschiedene ethische Grundlinien. Eine dieser Grundlinien sagt: Jeder Mensch hat eine von Gott verliehene Würde. Eine andere Grundlinie sagt: Eine Gemeinschaft ist nur gut, wenn es ihr gelingt, benachteiligte Menschen zu integrieren.

Grundlagen ethischen Handelns

Die Ethik versucht, Menschen ohne Wertungen zu betrachten. Aus dieser Betrachtung will sie ableiten, woran sowohl der einzelne als auch die Gemeinschaft ihr Handeln ausrichten sollen. In der Formulierung von der Würde des Menschen finden solche Versuche einen ausgezeichneten Niederschlag.

Der Begriff der Menschenwürde ist einer der prominentesten Begriffe in der gegenwärtigen ethischen Diskussion. Er steht in Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland²⁷ sowie im Artikel 1 der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen²⁸. Infolgedessen ist Menschenwürde zu einer Leitvorstellung sozialen Handelns geworden, auch wenn die Schlussfolgerungen aus diesem Begriff sehr unterschiedlich sein können.

Die Würde des Menschen drückt sich zum einen im Anspruch der Selbstbestimmung aus. Zum anderen ist ein funktionierendes gesellschaftliches Miteinander nur zu verwirklichen, wenn allen Menschen gleichermaßen Grundrechte zukommen.²⁹

Mit dem amerikanischen Philosophen John Rawls³⁰ gesprochen heißt das: Eine Gesellschaft muss sich dafür rechtfertigen, dass es in ihr Arme, Marginalisierte und Ausgeschlossene gibt. Nicht die soziale Gleichheit, sondern die soziale Ungleichheit ist begründungspflichtig und zwar in einer allgemeinen und reflexiven Art.

²⁷ Grundgesetz Artikel 1. (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

²⁸ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 1: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.

²⁹ Der von Amartya Sen und Martha Nussbaum entwickelte capability approach ist eine Ausformung dieses Grundgedankens. Allen Mitgliedern einer Gesellschaft ist kommt

ein Anspruch auf Teilhabe zu, bzw. auf Verwirklichung eines guten Lebens. Teilhabe lässt sich mit bestimmten Kenngrößen definieren und Werte des Wohlbefindens subjektiv wie objektiv beschreiben. Die idealen Ziele der Teilhabe und ihre realistische Umsetzung müssen gesellschaftlich ausgehandelt werden und um Strukturen der Ermöglichung und Ermutigung, um Respekt und Würde ergänzt werden, um den Anspruch auf Teilhabe verwirklichen zu können.

³⁰ John Rawls, A Theory of Justice (dt. Eine Theorie der Gerechtigkeit, 1971)



Diakonische Orientierung

In diesem Aushandlungsprozess muss die Wohlfahrt mitreden. Diakonie wird immer darauf hinweisen, dass es eine gemeinsame Verantwortung aller gesellschaftlich Beteiligten gibt. **Gutes Leben definiert sich dadurch, dass dieses allen zukommen kann.**

Diakonie weist darauf hin, dass es die von Gott gewollte Bestimmung eines jeden Menschen ist, seine Option von gutem Leben auch zu realisieren. Religiös kommt diese Bestimmung mit dem Wort „Segen“ zum Ausdruck. Darin drückt sich aus, dass Gott jedem die Fähigkeit zuspricht, gutes Leben zu verwirklichen. Aus diesem Zuspruch leitet sich aber gleichzeitig der Anspruch an eine Gesellschaft ab: Sie muss sich an dem orientieren, was die Verwirklichung des guten Lebens fördert.

Was heißt das für die Diakonie?

Die Diakonie als gesellschaftliche Akteurin ist in ihrem praktischen Handeln verpflichtet, gerechte Verhältnisse anzustreben.

Daraus folgt, dass diakonische Hilfsangebote so zu gestalten sind, dass sie Hilfebedürftigkeit überwinden helfen und weder abhängig machen noch entmündigen. Darum sind z.B. Angebote wie Tafeln oder spendenfinanzierte Akuthilfen eine hilfreiche Reaktion auf unmittelbare Notlagen. Sie sind jedoch keine Dauerlösung und können den Sozialstaat und eine teilhabeorientierte Sozialpolitik nicht ersetzen.

Diakonie hat an sich den Anspruch, in ihren Angeboten den Blick für armutsgeprägte Lebenslagen zu öffnen und diese politisch zum Thema machen. Dabei gilt es, wachsam gegenüber eigenen blinden Flecken zu sein und Betroffene als Experten einzubeziehen. Als Arbeitgeberin ist sie gerechten, geschlechtersensiblen und auskömmlichen Arbeitsbedingungen verpflichtet.

Was daraus folgt

Armut ist nicht allein das Problem einzelner und einzelner gesellschaftlicher Gruppen. **Armut ist ein grundlegendes gesellschaftliches Problem und es betrifft alle.** Wenn sich die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft und der Anteil der armutsgefährdeten Menschen steigt, dann bedarf es einer Reform der bisherigen Logik.

In Hinblick auf die Armutsrisiken ergeben sich daraus konkrete Folgerungen.

Geschlecht

Für eine wirksame Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Armut fordern wir insbesondere die bessere Bezahlung frauendominierter Berufe sowie die Schließung des Gender-Pay-Gaps. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, in denen überproportional Frauen beschäftigt sind, sollen eingedämmt und die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gefördert werden. Die Mindestlöhne müssen weiterhin gesteigert werden, um als existenzsichernd gelten zu können.

Außerdem muss der Familienlastenausgleich im Steuer-, Sozial-, und Familienrecht verbessert werden, zum Beispiel durch die Einführung einer neuen bedarfsdeckenden einheitlichen Geldleistung für alle Kinder, die sogenannte Kindergrundsicherung.

Um allen die Möglichkeit am Erwerbsleben zu geben, muss der Ausbau qualitativ hochwertiger Kita- und Hortplätze unterstützt werden.

Allen Menschen soll ein individueller Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt zugestanden werden.

Eine flächendeckende geschlechtersensible Beratungslandschaft ist vorzuzulassen, um die verschiedenen Armutsfaktoren berücksichtigen zu können.

Gesundheit

Eine sichere Gesundheitsversorgung bedeutet, dass der Zugang zu einer Krankenversicherung für jeden Menschen in Deutschland möglich sein muss.

Die Kosten für die notwendigen Pflegeleistungen in stationären Einrichtungen sollen komplett von der Pflegeversicherung übernommen werden. Die Eigenbeteiligung von Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen würde sich damit auf Investitionskosten, Unterkunft und Verpflegung beschränken.

Lebensalter

Gute Chancen am Lebensanfang und ein würdevolles Leben im Alter müssen über verlässliche finanzielle Mittel gesichert sein.

Die gesetzliche Rente muss unter Berücksichtigung der Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit weiterentwickelt werden. Daher ist die Grundrente weiter zu entwickeln. Ziel sollte eine bedarfs- und generationengerechte Alterssicherung sein.³¹ Beitragslücken z.B. durch Pflege- oder Erziehungsarbeit müssen über die Versicherung ausgeglichen werden.³²

Kinder dürfen aufgrund der finanziellen Situation ihrer Familien nicht in ihren Chancen beschränkt werden. Verlässliche und bedarfsgerechte Mittel aus einer Hand, wie sie z.B. in der Kindergrundsicherung angedacht sind, ermöglichen einen besseren Start ins Leben.

Herkunft

Armut, soziale Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit haben gesellschaftliche Ursachen. Oftmals passieren Stigmatisierungsprozesse von Menschen und insbesondere von Kindern, bereits bei Bekanntwerden des eigenen Namens oder der Adresse. Auch die Vergangenheit wird Menschen in Armut negativ ausgelegt.

Wir fordern daher, dass niemand wegen der Abstammung, der sexuellen Orientierung, der Heimat und eigenen Herkunft, der Sprache, wegen des Glaubens, der religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt wird. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Bildung und Arbeit

Bildung beginnt nicht erst mit der Schulpflicht. Der Zugang zu Bildungs- und Betreuungsangeboten sowie pädagogischen Angeboten muss für alle zugänglich und attraktiv sein. So werden Chancen zur Teilhabe von Anfang an geschaffen.

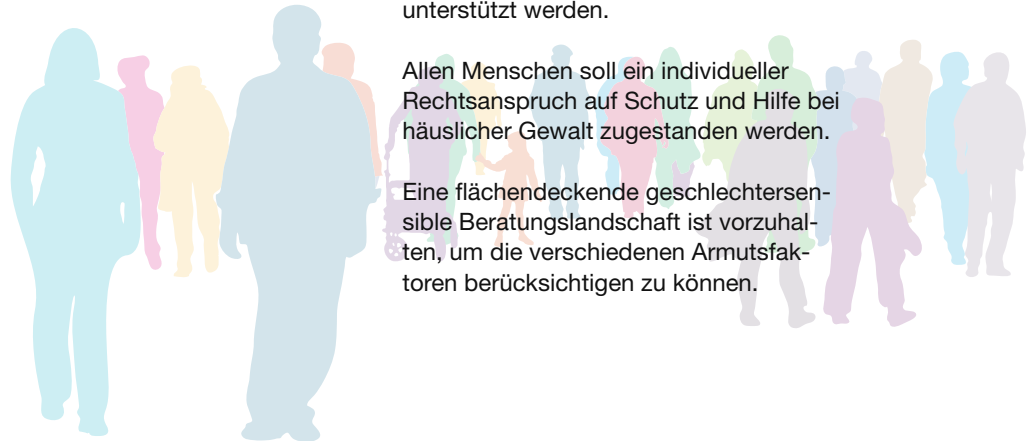
Die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bedarf muss so finanziert sein, dass fachlich qualifizierte Unterstützung stattfinden kann.

Der Zugang zu digitaler Bildung muss über die Schulen sichergestellt werden.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die benachteiligte Gruppen speziell und zuverlässig fördert, wirkt langfristig.

³¹ <https://www.diakonie.de/stellungnahmen/positionen-der-diakonie-deutschland-fuer-eine-bedarfs-und-generationengerechte-alterssicherung>.

³² Siehe dazu auch Diakonie-Zitat „Rente langfristig verlässlich absichern“ <https://www.diakonie.de/diakonie-zitate/renten-langfristig-verlaesslich-absichern> und <https://www.diakonie.de/stellungnahmen/positionen-der-diakonie-deutschland-fuer-eine-bedarfs-und-generationengerechte-alterssicherung>



Vier Positionen für mehr Gerechtigkeit

Diese „Vier Positionen für mehr Gerechtigkeit“ sind ein Beitrag zur politischen Diskussion. Sie sind parteilich für die Bedürftigen. Sie sollen ausgewählte Forderungen verdeutlichen und Armut minimieren.

1. Sozialer Ausgleich

Einkommen und Wohlstand nehmen in Deutschland und Schleswig-Holstein zu. Davon profitieren die ärmsten Haushalte jedoch nicht, ihre Situation verfestigt sich. Der ausgleichende Effekt von Sozialleistungen hat deutlich abgenommen.

Das Vermögen ist in Deutschland ungleich verteilt und diese Ungleichheit hat sich während der Corona-Pandemie verstärkt. Während die Spareinlagen wuchsen und die Zahl der Millionäre im Jahr 2020 um 35.000 stieg³³, traf die wirtschaftliche Krise vor allem diejenigen, die allein vom Einkommen abhängig sind und kein nennenswertes Vermögen besitzen. Das trifft auf ungefähr

die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland zu.³⁴

Es zählt zu den Grundprinzipien des Sozialstaats, das Existenzminimum aller Bürgerinnen und Bürger und damit ein Leben in Würde sicher zu stellen. Die Bemessung dieses Existenzminimums muss nach der Maßgabe des Bundesverfassungsgerichts transparent, sachgerecht und realitätsgerecht erfolgen. Die derzeitige Praxis, wie Regelsätze ermittelt und Hilfe gewährt werden, zeigt diesbezüglich jedoch Schwächen. Menschen, die Grundsicherungsleistungen beziehen, fallen unter die Armuts-grenze. Beim Prinzip des „Förderns und Forderns“ dominiert der Aspekt des Forderns. Erforderlich sind vereinfachte Verfahren und barrierefreie Zugänge.

Es braucht eine Politik, die über eine einfache Erhöhung der Transferleistungen hinausdenkt. Wir brauchen ein Konzept für eine wirklich armutsfeste Existenzsicherung, zum Beispiel in Form

einer verlässlichen Grundsicherung, die vor Sanktionen geschützt ist (s. Kasten S. 27). Dazu gehört auch eine stärkere Förderung sozialer Daseinsfürsorge, z.B. eine Sicherstellung der Gesundheitsversorgung, Zugänge zu Bildung, Sicherstellung eines würdevollen Lebens im Alter, aber auch eine ausreichende Versorgung mit finanzierbarem Wohnraum. Hier sind weitere Anstrengungen der Politik notwendig.

2. Leben vom eigenen Lohn

Soziale Teilhabe wird wesentlich durch Teilhabe am Arbeitsleben erreicht. Doch selbst wer in Vollzeit arbeitet, ist in Deutschland nicht vor Armut geschützt. Noch höher ist das Risiko, auf Transferleistungen angewiesen zu sein, bei Teilzeitstellen oder befristeten Verträgen. 8,4% aller Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein leben unter der Armuts-grenze.³⁵ Der gesetzliche Mindestlohn reicht nicht aus, um die eigene Existenz oder die der Familie zu sichern.

Die Corona-Krise hat die Diskrepanz zwischen der Bedeutung systemrelevanter Berufsgruppen für die fundamentale Daseinsversorgung und deren materieller Entlohnung deutlich werden lassen. Eine auf gegenseitiger Wertschätzung beruhende Gemeinschaft hat diese Diskrepanzen genauer zu analysieren und daraus geeignete Schlussfolgerungen zu ziehen. Der gesetzliche Mindestlohn muss so bemessen sein, dass er ein Auskommen jenseits der Armuts-grenze gewährleistet.

Wer neben dem Erwerbseinkommen auf ergänzende Transferleistungen an-

gewiesen ist, soll diese möglichst unbürokratisch beziehen. Eine Weiterentwicklung des bestehenden Systems kann mit Hilfe steuerlicher Einstufungen die Unabhängigkeit von Grundsicherungsleistungen fördern.

3. Verhinderung von Kinderarmut

Die Corona-Krise hat Familien mit Kindern hart getroffen: So verdoppelte sich die Anzahl der Kinder in Schleswig-Holstein, die Kinderzuschlag erhielten, annähernd von 10.941 im März 2020 auf 21.476 im Januar 2021.³⁶ Kinderzuschlag kann beantragt werden, wenn das Einkommen nicht für den Unterhalt der gesamten Familie reicht.

Jedes Kind soll unabhängig von seiner Herkunft die Chance auf ein gelingendes Aufwachsen haben. Das gegenwärtige System aus kinder- und familienfördernden Leistungen ist intransparent und zum Teil in sich kontraproduktiv. Eine Zusammenführung der Leistungen in einer Kindergrundsicherung und ein Ausbau präventiver und niedrigschwelliger Zugänge zu Bildung, Gesundheit und Teilhabe können die Chancengerechtigkeit erhöhen.³⁷

4. Bezahlbarer Wohnraum

Die Mietpreisentwicklung in vielen Regionen führt dazu, dass bezahlbarer und angemessener Wohnraum nicht vorhanden ist. Drohende oder bestehende Wohnungslosigkeit sind die sichtbarsten Formen von Armut. Sie resultieren aus zu hohen Mieten und mangelndem Wohnraum beispielsweise für große

Familien mit wenig Einkommen oder Einpersonenhaushalte. Um dieser Entwicklung entgegenwirken zu können, sollten die Kosten für die Unterkunft neu bemessen, die Sozialbindungen für Wohnraum gesichert und neue Formen des sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbaus gefördert werden.

Damit drohende Wohnungslosigkeit vermieden werden kann, sollten die Präventionsmaßnahmen gegen den Verlust der eigenen vier Wände neu justiert werden. Hierbei kommt es darauf an, den Austausch zwischen den Hilfesystemen, beispielsweise zwischen Psychiatrie und Wohnungsnotfallhilfe verbessern und zu fördern.

Um akuter Wohnungslosigkeit begegnen zu können, ist „housing first“ ein Ansatz, der ausgebaut und weiter praktiziert werden muss. Hier geht es darum, Menschen in Wohnraum zu vermitteln ohne die Inanspruchnahme von weiteren Hilfen als Voraussetzung zu sehen. Eine negative Schufa-Auskunft darf nicht Ausschlusskriterium für die Anmietung von Wohnraum sein. Die Idee ist, dass so Eigenkräfte wieder aktiviert und soziale Schwierigkeiten durch einen festen Wohnraum minimiert werden. Housing first ist auch ein Ansatz, der weiterverfolgt werden muss, um Menschen, die sich lange Zeit in Wohnungslosigkeit befinden, erreichen zu können, ohne sie Zwängen auszusetzen.

³³ Analyse der Boston Consulting Group <https://www.bcg.com/de-de/publications/2021/global-wealth-report-2021-delivering-on-client-needs>

³⁴ <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61781/vermoegensverteilung>

³⁵ Statistikportal Tabelle A 3.15

³⁶ Drucksache 19/27100 - DIP21 - Deutscher Bundestag

³⁷ <https://www.diakonie.de/kinderarmut>



Verlässliches Existenzminimum Das Modell der Diakonie Deutschland

Eine Existenzsicherung soll die Situation der Betroffenen verbessern, sie ermutigen, Respekt und Förderung in den Mittelpunkt stellen. Die Diakonie Deutschland hat dazu das Konzept eines „Verlässlichen Existenzminimums“ entwickelt, das sie zur Erprobung vorschlägt. Dazu gehört eine sanktionsfreie Grundsicherungsleistung für alle bedürftigen Menschen im Erwerbsalter. Wer zusätzliche Einkünfte erzielt, kann sich für eine sogenannte Sozialdividende in einer festen Höhe entscheiden. Diese ersetzt die aktuelle Anspruchsermittlung mit Hin- und Rückrechnung. Die Einkünfte werden in einer neuen Steuerklasse 7 hoch besteuert. Bei einem dauerhaften Einkommen oberhalb von 1.400 Euro nach Sozialabgaben ist der Wechsel in den normalen Steuertarif günstiger. Für große Anschaffungen oder in Notlagen gibt es die Möglichkeit, zusätzliche finanzielle Hilfen zu beantragen.

<https://www.diakonie.de/bundestagswahl-2021/verlaessliches-existenzminimum>

Armut – wie hilft die Diakonie in Schleswig-Holstein?

In ganz Schleswig-Holstein gibt es diakonische Angebote, die Menschen in Notlagen helfen: Sehr unmittelbar, wenn materieller Mangel herrscht, aber vor allem langfristig mit Beratung und in Projekten.

Akute Notlagen

Tafeln und günstige bzw. kostenlose Mittagstische sind häufig das erste, was einem zu Hilfen gegen Armut einfällt. Auch bei der Diakonie gibt es diese Angebote, die vor allem Rentnerinnen, Arbeitslose, Wohnungslose oder Familien nutzen. Genug zum Essen haben – daran sollte es in unserem Land niemandem fehlen. Faktisch ist es aber so, dass bei zu vielen das Geld nicht reicht. Hier hilft die Diakonie in der akuten Notlage, macht aber gleichzeitig die zugrundeliegenden Missstände in den Kommunen und im Land zum Thema.

Teilhabe und Qualifizierung

Ähnlich ist es mit Kleiderkammern oder Sozialkaufhäusern. Hier werden im Sinne der Nachhaltigkeit gebrauchte und gut erhaltene Kleidungsstücke,

Möbel und Haushaltsgegenstände aus Spenden angeboten. Gleichzeitig finden Menschen hier eine sinnstiftende ehrenamtliche Tätigkeit oder bereiten sich aus der Arbeitslosigkeit wieder für eine Erwerbstätigkeit vor.

Doch Kleiderkammern und Sozialkaufhäuser dürfen nicht zu einem selbstverständlichen Baustein der Versorgung im Rahmen der Transferleistungen werden. Auch Menschen mit geringen Einkünften müssen die Wahlfreiheit haben, ob sie neue oder gebrauchte Möbel für ihr Heim anschaffen möchten.

Beratung

Viele diakonische Angebote sind verknüpft mit Beratung und laufender Begleitung: Für Wohnungslose Menschen gibt es in den Übernachtungseinrichtungen nicht nur ein Bett, sondern auch Unterstützung dabei, zustehende Leistungen zu beantragen, Gesundheitsver-

sorgung in Anspruch zu nehmen oder eine Wohnung zu suchen. Die Arbeit der Beratungsstellen ist darauf angelegt, ein selbstbestimmtes Leben zu fördern und die Chancen auf Teilhabe zu erhöhen. Das gilt für Arbeitslosentreffs genauso wie für Schuldner- oder Sozialberatung.

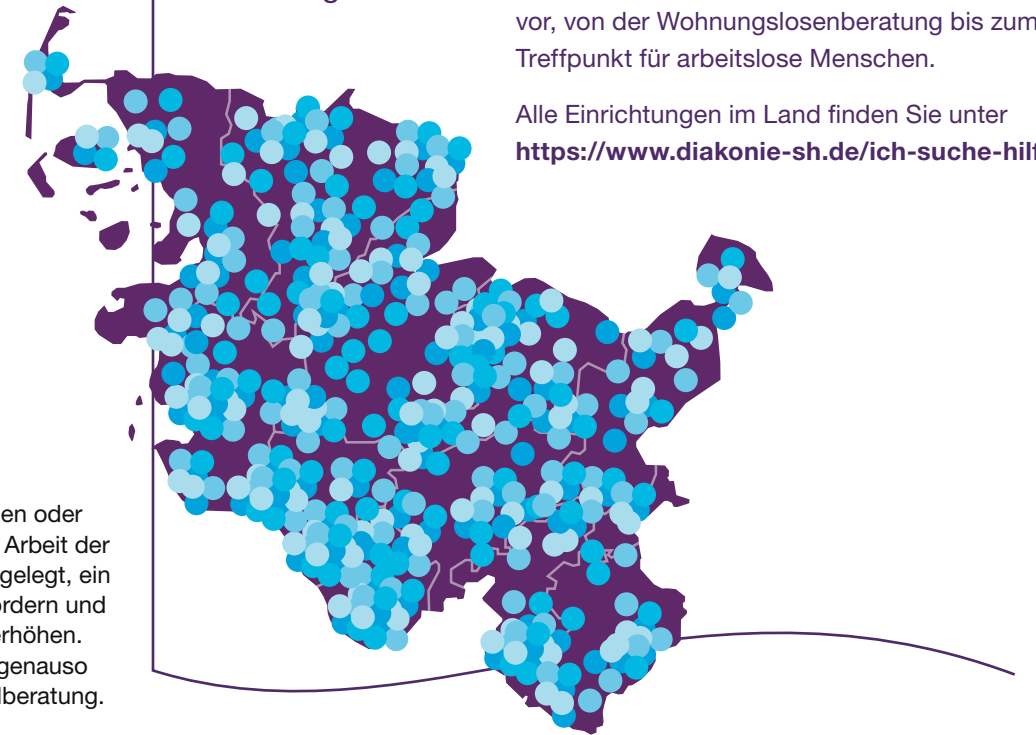
Armut im Blick

Der Mangel an Geld führt zu einem Mangel an Möglichkeiten, das eigene Leben zu gestalten. Das zeigt sich auch in anderen Bereichen: Schon in der Schwangerschaftskonfliktberatung steht die Frage nach Unterstützungsleistungen aus Stiftungsmitteln an erster Stelle. In der Familienberatung sind Konflikte Thema, die aus beengten Wohnverhältnissen, dem Stress harter aber schlecht bezahlter Arbeit und der Sorge um den Lebensunterhalt resultieren. Ressourcen für Erholung oder Urlaub fehlen. Menschen mit Behinderung werden dabei unterstützt,

Diakonie 
Schleswig-Holstein

Mehr als 230 Angebote für Menschen in Not hält die Diakonie zwischen Sylt und Lauenburg vor, von der Wohnungslosenberatung bis zum Treffpunkt für arbeitslose Menschen.

Alle Einrichtungen im Land finden Sie unter <https://www.diakonie-sh.de/ich-suche-hilfe>



notwendige Assistenzleistungen zu erhalten, die ihnen ein Mehr an Teilhabe ermöglichen. Genauso spielt Armut in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit, den Kursen der Evangelische Familienbildung oder der Pflege eine Rolle. Die diakonischen Einrichtungen begleiten in akuten Krisen und vermitteln in der Beratung das Wissen um die Rechte. Die Betroffenen werden darin unterstützt, ihre Ziele anzustreben.

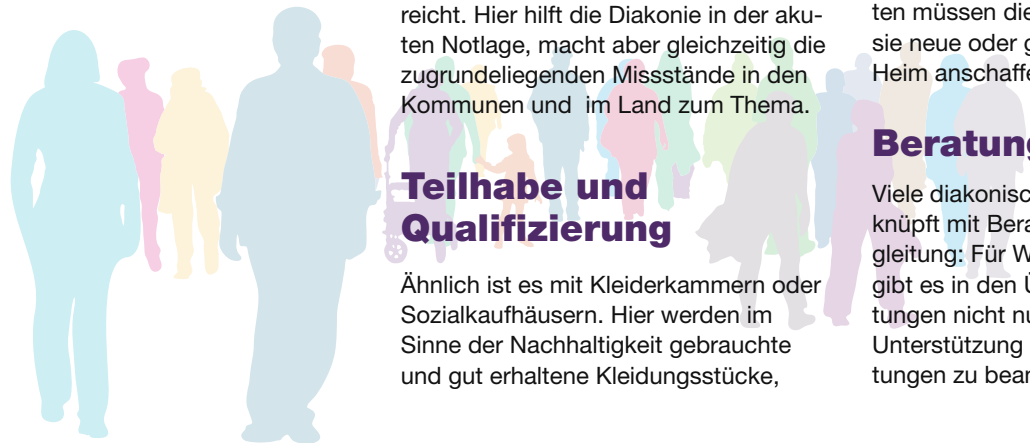
Politischer Auftrag

Die Notlagen und Bedarfe, die in der Begleitung deutlich werden, sind für

diakonische Träger Auftrag, politische Verbesserungen in der Kommune einzufordern und Veränderungen anzustoßen.

Hilfe vor Ort

Diakonische Hilfsangebote sind in ganz Schleswig-Holstein zu finden, sie leisten konkrete Hilfe vor Ort. Dank der Vielfalt an spezialisierten Angeboten und der guten Vernetzung, können Ratsuchende fachlich kompetent begleitet werden (siehe Karte).



Armut weltweit

2015 wurde auf einem Gipfel der Vereinten Nationen von allen Mitgliedsstaaten die Agenda 2030 verabschiedet. Sie wurde mit breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft in aller Welt entwickelt und stellt einen Meilenstein in der jüngeren Geschichte der Vereinten Nationen dar. Die Agenda 2030 gilt für alle Staaten dieser Welt. Entwicklungsländer, Schwellenländer und Industriestaaten: Alle müssen ihren Beitrag leisten.

Das Kernstück der Agenda bilden die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs). Die 17 SDGs berücksichtigen erstmals alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Soziales, Umwelt, Wirtschaft – gleichermaßen. Die 17 Ziele sind unteilbar und bedingen einander. Ihnen sind fünf Kernbotschaften als handlungsleitende Prinzipien vorangestellt: Mensch, Planet, Wohlstand,

Frieden und Partnerschaft. An erster Stelle, mit dem Ziel Nr. 1, wird die Armut in den Blick genommen.

Die Weltgemeinschaft hat es sich zum Ziel gesetzt, die extreme Armut bis 2030 komplett zu beenden. Dieses Ziel unterstützen wir mit unserer sozialen Arbeit.

Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) haben gezeigt, dass wir in einer globalen Verantwortung stehen. Als Ökumenische Diakonie mit unserer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für Brot für die Welt gehen wir an dieser Stelle mit den Forderungen unseres entwicklungspolitischen Partners:

1. Eine Welt frei von Hunger und Armut ist möglich

Wir setzen uns für einen maßvollen Lebensstil und einen Wandel in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ein. Wir fordern von unserer Regierung die konsequente Umsetzung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung.

2. Jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Wir setzen uns für die Gleichberechtigung aller Menschen ein, egal wo sie leben. Dazu gehört, dass für alle gesorgt wird – auch für die Benachteiligten.

3. Der Schutz der Menschenrechte ist Voraussetzung für eine gerechte Welt

Wir fordern die Politik dazu auf, die Menschenrechte weltweit zu verwirklichen und die Handels- und Wirtschaftspolitik konsequent daran auszurichten. Menschenrechtsverletzungen müssen benannt und die unterdrückte Zivilgesellschaft muss gestärkt werden. Unternehmen müssen innerhalb ihrer Lieferketten zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet werden.



Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
Landesverband der Inneren Mission e.V.
Kanalufer 48, 24768 Rendsburg
T +49 4331 593-0, F +49 4331 593 35-0
info@diakonie-sh.de, www.diakonie-sh.de

Illustration: © Annett Seidler, Adobe Stock

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Rendsburg, Oktober 2021



@ DiakonieSH